

II-3237 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

Wien, am 3. September 1991  
GZ.: 10.101/354-X/A/1a/91

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER

Parlament  
1017 W i e n

1432 IAB

1991 -09- 04

zu 1368 1J

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1368/J betreffend Forschungsvorhaben F918, welche die Abgeordneten Anschober, Wabl, Freunde und Freundinnen am 8. Juli 1991 an mich richteten, stelle ich fest:

Punkt 1 bis 4 der Anfrage:

Wann wurde der Wirtschaftsminister über die erwähnte Sachverhaltsdarstellung informiert?

Von wem konkret wurde die Sachverhaltsdarstellung eingebracht?

Die Sachverhaltsdarstellung wurde am vorletzten Arbeitstag des verantwortlichen Beamten eingebracht. Seit wann wurden im Rahmen des Ministeriums Recherchen zu diesem Forschungsvorhaben durchgeführt, seit wann waren dem Ministerium Verdachtsmomente bekannt?

Beabsichtigte der verantwortliche Beamte bereits seit längerer Zeit das Einbringen einer Sachverhaltsdarstellung bzw. die weitere Untersuchung der Angelegenheiten?

Wenn ja, was hielt ihn davon ab bzw. von wem wurde er abgehalten?

**Antwort:**

Am 18.10.1990 wurde von der Abteilung "Wohnbauforschung" dem Präsidium des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten zuständigkeitshalber die vorliegenden Verdachtsmomente, die anlässlich einer Vorsprache am 9.10.1990 eines ehemaligen Mitarbeiters am gegenständlichen Projekt in der Wohnbauforschungsabteilung bekanntgeworden sind, zur weiteren Veranlassung übermittelt. In der Folge wurde neben weiteren Erhebungen durch das Präsidium am 28.11.1990 zwecks Vorbereitung einer entsprechenden Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft Wien eine Besprechung zwischen dem Leiter der Präsidialsektion, Sektionschef Dr. Schubert, und dem zuständigen Abteilungsleiter, Ministerialrat Mag. Jelinek, hinsichtlich der weiteren Vorgangsweise durchgeführt. Ministerialrat Mag. Jelinek hat am 27.12.1990 die Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft Wien abgefertigt. Sie wurde in der Folge meinem Kabinett abschriftlich zur Kenntnis gebracht. Dieses hat mich im Zuge des Bekanntwerdens der Vorkommnisse im Zusammenhang mit der ASTAG über diese Sachverhaltsdarstellung informiert.

Der für diesbezügliche Befassungen der Staatsanwaltschaft zuständige Sektionsleiter, Sektionschef Dr. Schubert, befindet sich im aktiven Dienststand des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten, Ministerialrat Mag. Jelinek ist mit 1.7.1991 in den Ruhestand getreten.

**Punkt 5 der Anfrage:**

Wann wurde das Forschungsvorhaben F918 abgerechnet, wann wurden die Forschungsbeiträge in welcher konkreten Summe ausbezahlt?

**Antwort:**

Nach Überprüfung der Endabrechnung am 21. Februar 1989 und Vorlage weiterer Unterlagen wurde die Endabrechnung am 14. November 1989 genehmigt.

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 3 -

Folgende Förderungsbeiträge wurden vertragsgemäß ausbezahlt:

21. 8.1984	öS	8,830.000,--
25. 9.1985	öS	1,380.000,--
18. 1.1988	öS	3,000.000,--
14.11.1989	öS	1,985.000,--
insgesamt		öS 15,195.000,--

Punkt 6 der Anfrage:

Wie lautet der konkrete Vorwurf in der Sachverhaltsdarstellung?

Antwort:

In der Sachverhaltsdarstellung wird ausgeführt, daß die zur Entwicklung der Versuchsanlage beauftragte Firma FBT (Gesellschaft für Forschung und Entwicklung von neuen Bautechnologien und Baustoffen) Kosten für die Entwicklung der Anlage in Rechnung gestellt hat, die nicht angefallen sein konnten, da eine gleichartige Anlage bereits Jahre zuvor vom Erfinder der Technologie (dieser war ebenfalls am Projekt F918 beteiligt) in Essen gebaut worden sei. Anstelle des vom Wirtschaftsministerium bezahlten Betrages in der Höhe von öS 7 Millionen sei die Anlage im Rahmen des Projektes ohne Veränderungen um einen Betrag von ca. öS 2 Millionen nachgebaut worden.

Weiters wurde angeführt, daß der Verdacht bestünde,

- entgegen der Behauptung des Förderungsnehmers, die Anlage sei nach Fertigstellung des Projektes demontiert worden und lagere bei einer Firma in Leoben, stehe sie weiterhin gewinnbringend in Verwendung
- Dr. Talirz sei vermutlich an der FBT beteiligt und habe wesentlichen Einfluß auf die Projektabwicklung und Verwertung der Forschungsanlage genommen.

~~Republik Österreich~~

Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 4 -

**Punkt 7 der Anfrage:**

**Wurde zur Erteilung und Genehmigung des Forschungsvorhabens jemals eine politische Weisung des zuständigen Ministers erteilt?**

**Wenn ja, von wem wurde diese Weisung unterzeichnet?**

**Antwort:**

Der ehemalige Sekretär des seinerzeitigen Bundesministers für Bauten und Technik Sekanina, Dr. Talirz, unterzeichnete am 8. September 1983 eine Einsichtsbemerkung, "daß der Herr Bundesminister entschieden hat, daß das gegenständliche Förderungsansuchen für das Forschungsvorhaben 'Abfallstoffwiederverwertung für preiswerte Baustoffe im Wohnbau' umgehend positiv erledigt werden soll".

**Punkt 8 der Anfrage:**

**Wann wurde wo die betroffene Maschine erbaut, wann und mit welchem Ergebnis wurde die Maschine getestet, und an welchen Standorten wurde die Maschine bis zum heutigen Tag gelagert?**

**Antwort:**

Die Anlage wurde laut Aktenlage im Jahr 1984 im Auftrag des Förderungsnehmers von der Firma FBT geplant und hergestellt (neueren Informationen zufolge von der Firma Rella im Auftrag der FBT in Bruck/Leitha gebaut). Aufgestellt war die Forschungsanlage 39 Monate von 1984 bis 1987 in 1220 Wien, Schiffsmühlenstraße 116. In diesem Zeitraum fanden die Testläufe, die Herstellung der Probekörper und Baustoffuntersuchungen statt.

Wie aus den vom Förderungsnehmer vorgelegten und veröffentlichten Berichten hervorgeht, wurde die Zielsetzung des Projektes - Prüfung der verfahrenstechnischen Voraussetzungen zur Herstellung von Baustoffen aus Abfallstoffen bzw. minderwertigen Rohstoffen

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 5 -

und mechanisch-chemische sowie bauphysikalische Untersuchungen der mit dieser Technologie hergestellten Probekörper - voll erfüllt.

Nach Abschluß des Forschungsvorhabens wurde gemäß einer Bestätigung des Förderungsnehmers vom 17. Oktober 1989 die Anlage demon- tiert und auf dem Lagerplatz der Firma Stettin in Leoben, Münzen- bergstraße 38, gelagert.

Neuersten Informationen zufolge soll die Versuchsanlage aber, ohne Verständigung des Wirtschaftsministeriums, nach Deutschland verkauft worden sein.

